

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt: Riefaer Tageblatt  
Garnier Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Stabs der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzolamts Meikun.

Veröffentlichung: Dresden 1925  
Stroße Riefa Nr. 52.

Nr. 163.

Donnerstag, 16. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Heften. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Jeile 6 Silben, 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reflamajelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Künftiger Rabatt erstreckt sich auf den Betrag, der durch Abzug von den eingezogenen und durch die Abrechnung des Betriebes der Drucker, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abrechnungsdruk und Verlag: Janger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

## Die Aufwertung.

Der Kampf um die Aufwertung geht seinem Ende entgegen. Wenigstens so weit er in den Parlamenten geführt wurde. Im Lande wird er noch lange die Köpfe und Herzen beherrschen, die an der Aufwertung aktiv oder passiv beteiligt sind, und wird den Parteien manche Schwierigkeiten bereiten, durch deren Beschluß das Kompromiß Annahme gefunden hat. Aber wenn sich die Leidenschaft erst etwas gelegt haben, wird doch vielleicht mancher, der heute noch mit erhobener Faust daherkommt, sich davon überzeugen lassen, daß mehr tatsächlich nicht zu erhalten war und daß am allerwenigsten die praktische Hilfe von den Parteien zu erwarten gewesen wäre, die erst aufwertungsfeindlich wurden, als sie in die Opposition gingen und keine Verantwortung mehr zu tragen hatten.

Die formale Erledigung der Aufwertungsfrage machte im Reichstag zum Schluß noch einige Schwierigkeiten, da die dritten Lesungen von Gesetzen nicht vorgenommen werden dürfen, bevor die Uebersicht über die Beschlässe der zweiten Lesung gedruckt vorliegt. So schwante denn selbst der Präsident Voelke in seinem Tagesordnung, daß die dritte Lesung zunächst auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung, wollte sie dann wieder herunternehmen und erstellte schließlich ein Verzeichnis der Kompromiß, daß am Mittwoch nur die Hypothekenaufwertung endgültig erledigt wurde, die Anleiheaufwertung aber erst am Donnerstag. Immerhin ist man, da auch die zweite Lesung nur unwesentliche Änderungen gebracht hat, schon jetzt berechtigt, das Aufwertungsgesetz als abgeschlossen anzusehen. Wir lassen heute die Aufwertung der Hypotheken — in der Annahme, daß die daran Interessierten selbst in der Lage gewesen sind, die Berichte zu verfolgen — beiseite und geben eine kurze Uebersicht über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen, wie diese sich nun nach dem Kompromiß der Regierungsparteien gestalten wird. Die Anleihe des Reichs (mit Ausnahme der Zwangsanleihe von 1922, der unverzinslichen Schatzanweisungen, der Reichsschatzschätze und der Darlehensanleihen) wird bekanntlich in einer Anleiheablösungsschuld umgetauscht. Diese ist unanfällig und trägt auch bis zum Erlöschen der Reparationsverbindlichkeiten keine Zinsen. Der Umtausch wird so vollzogen, daß je 1500 Mark Nennbetrag der Sparprämienanleihe und je 1000 Mark Nennbetrag der übrigen Anleihen in 25 Reichsmark Anleiheablösungsschuld umgewandelt werden. Umtauschfrist wird nun ein Anleihebetrag von mindestens 750 bzw. 500 Mark. Der kleinere Betrag soll durch Verabfindung entkündigt werden.

So weit besteht kein Unterschied zwischen Alt- und Neubefehl. Nun aber sind die Vorteile der Altbefehl zu beachten, also diejenigen, die ihre Papiere nachweislich vor dem 1. Juli 1920 erworben und ununterbrochen besitzen haben. Ihre erhöhten Ansprüche werden durch die Auslösung erfüllt, die innerhalb von 30 Jahren beendigt sein soll. Bei der Auslösung erhält der Gläubiger das Fünftfache des Nennbetrags seiner Ablösungsschuld. Wer also 1000 Mark alte Reichsanleihe besitzt, bekommt beim Umtausch dafür 25 Mark Ablösungsschuld, bei der Auslösung aber 125 Mark bar ausgezahlt. Zur Entschädigung der Gläubiger, die auf die Auslösung lange warten müssen, werden ihnen Zinsen von 4 1/2 Prozent zugewilligt, die so lange angehäuft werden, bis die Auslösung erfolgt. Die bedürftigen Altbefehl erhalten eine Vorzugsrente, die 2 Prozent des ursprünglichen Anleihebetrags ausmacht; sie erhöht sich unter besonderen Umständen bis zum Höchstbetrag von 1200 Mark. Bedürftige Anleihebesitzer, die über nicht mehr als 1000 Mark Anleihe insgesamt verfügen, werden, wenn sie auf ihren Umtauschanspruch verzichten, mit je 15 Mark für 100 Mark der ursprünglichen Anleihe in bar abgefunden. Nichtbedürftige Anleihebesitzer mit einem Einkommen bis 1500 Mark, die weniger als 500 Mark Anleihe haben, können mit 8 Prozent abgefunden werden. Hierfür wird ein Betrag von 150 Millionen reserviert. Ein Anleihefondsfonds soll zur rascheren Abfindung der Sparanleihen und der sozialen Versicherungsträger verwendet werden. Ebenso wie die Anleihen des Reichs werden die der Länder und Gemeinden behandelt, doch steht es den Ländern frei, die Aufwertung höher zu bemessen. Die Aufwertung der Gemeindeanleihen kann bis auf das Doppelte der für das Reich geltenden Sätze erhöht werden, wenn dies dem Anleihebesitzer nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugemutet werden kann. Den Antrag auf eine solche Erhöhung kann der Anleihebesitzer und ein in dem Gesetz vorgesehener Treuhänder stellen. Die Entscheidung über den Antrag trifft eine von der Landesbehörde eingesetzte Stelle.

## Die deutsche Antwortnote.

Berlin. Wie verlautet, wird Reichskanzler Dr. Luther heute im Laufe des Tages die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die deutsche Antwort auf die Sicherheitsnote Briand's empfangen. Auch die Parteiführer der Demokraten und Sozialdemokraten sind zu dieser Besprechung eingeladen. Wie der Vorwärts wissen will, ist die Abfindung der Note für Sonnabend in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung der Note werde gleichzeitig am Dienstag in Berlin und Paris erfolgen.

## Das Aufwertungsgesetz in 3. Lesung angenommen.

Die 2. Lesung des Rentenbankkreditanstalt-Gesetzes.

### Deutscher Reichstag.

von Berlin, den 15. Juli 1925.

Am Regierungstisch: Reichsernährungsminister Graf Ranitz.

Auf dem Tische des Hauses liegen etwa 50 Beschlüsse, die 466 000 Unterschriften enthalten, die ein Schanzkettengesetz mit dem Gemeindefeststellungsrecht verlangen. Ebenso liegt eine Petition aus, die gleichfalls dafür eintritt, die Schanzkettengesetze zu beschneiden. Sie trägt die Unterschrift: „Millionen von Trinkerkindern“.

Präsident Voelke eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Die dritte Lesung des Aufwertungsgesetzes, die an erster Stelle der Tagesordnung steht, wird für einige Stunden zurückgestellt, da die Verteilung der Druckfahnen nicht ordnungsgemäß erfolgt ist.

Zur Verhandlung steht zunächst in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die

### Errichtung

### der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt.

Abg. Bachmann (Dnall.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

§ 1 bestimmt, daß zur Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft die Deutsche Rentenbankkreditanstalt als landwirtschaftliche Zentralbank in Berlin errichtet wird.

Reichsernährungsminister Graf Ranitz leitet die Beratung mit einem kurzen Ueberblick über die Vorlage ein, die notwendig sei, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, ihre schwere volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Das Institut solle sich in den nächsten Jahren zunächst auf die Ausgabe von Verleihen beschränken. Es werde sich bemühen, langfristige Auslandskredite herbeizubekommen und später dann allein die Ausgabe von Krediten übernehmen. Der Zweck des Unternehmens sei die Intensivierung der Landwirtschaft, Förderung der Produktion und Aktivierung der deutschen Handelsbilanz. Der Zinsfuß werde nach Möglichkeit ermäßigt werden.

Abg. Schmidt-Ependorf (Soz.) behauptet, die Landwirtschaft erhalte geradezu in Krediten. (Lebhafter Widerspruch rechts und in der Mitte.) Es sei nicht richtig, daß die Landwirtschaft nur einmal im Jahre ihre Produkte absetze und zu Geld mache. Die Einnahme aus der Milch laufe z. B. das ganze Jahr hindurch. Das Reichswirtschaftsministerium sei weiter nichts als ein Volkswirtschaftsamt des Reichslandes. Im Ausschuss sei offen erklärt worden, die Landwirtschaft solle keine Kredite mehr, sie solle Zölle. Der Redner bekräftigt, daß die Sozialdemokratie landwirtschaftsfeindlich sei.

Abg. Dietrich-Prenzlau (Dnall.) gibt eine gemeinschaftliche Erklärung der Regierungsparteien ab, in der die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt begründet wird als ein Mittel, die schwere Kreditnot, unter der die Landwirtschaft infolge der Inflation und seit der Stabilisierung der Währung leidet, zu lindern. Durch Zusammenfassung der verfügbaren Mittel soll ein landwirtschaftliches Kreditinstitut geschaffen werden, das in der Lage ist, die Bereinigung von langfristigen Krediten durch Inanspruchnahme des ausländischen Kapitalmarktes leichter zu gestalten. Eine intensivere Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebe und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung wird dadurch ermöglicht. Die Erklärung stellt fest, daß eine angemessene Berücksichtigung der verschiedenen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert ist. Besonders wichtig war die Zusammenfassung der Organe der Rentenbank-Kreditanstalt. Das Eigenkapital und die Rücklagen dürfen bis auf 500 Millionen Reichsmark anwachsen zusätzlich einer Sonderumlage bis zu 5 Prozent der ausgegebenen Schuldverschreibungen. Eine Ueberschreitung dieser Grenze ist nur durch besonderes Gesetz zulässig. Die Regierungsparteien hatten den gemeinsamen Wunsch, der Landwirtschaft ein brauchbares Kreditinstitut zu schaffen, alle Sonderwünsche wurden daher zurückgestellt. Von dem neuen Institut wird eine Wiederrückführung der landwirtschaftlichen Betriebe und damit ein wirksamer Anreiz zur Steigerung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung zum Besten des deutschen Volkes und zur Wiederherstellung seiner Wirtschaft erhofft. (Beifall.)

Abg. Goerke (Kom.) wendet sich gegen die Farblosigkeit der Erklärung der Regierungsparteien. Man wolle anscheinend möglichst wenig Rärm von dieser privilegierten Bank machen.

Abg. Rönneburg (Dem.) erkennt an, daß das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft sehr groß sei. Dasselbe Erscheinung zeige sich aber auch in allen Zweigen des Wirtschaftslebens, besonders im Mittelstande. Bei Kreditgewährung sei bisher der kleine und mittlere bäuerliche Besitz zu leicht weggekommen. Die Anstalt müsse unbedingt frei bleiben von politischen, besonders parteipolitischen und Interessenteneinflüssen. Eine Vertretung der Landarbeiterschaft in der Anstaltsoberverwaltung sei durchaus wünschenswert. Trotz schwerer Bedenken stimmt der Redner der Vorlage zu, weil seine Fraktion nicht ableits leben wolle, wenn es gelte, der Landwirtschaft die Möglichkeit weiterer Entwicklung zu geben.

Abg. Schröder (Völk.) hätte es lieber gesehen, wenn man — statt ein neues Kreditinstitut zu gründen — die uralte Rentenbank ausgebaut hätte. Der Redner stimmt aber schließlich der Vorlage zu. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Es folgt die Einzelberatung. Die Anstaltsoberverwaltung besteht aus 110 Mitgliedern, von denen werden berufen durch 1. den Landwirtschaftsrat, 2. den Reichslandbund, 3. die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, 4. den Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften, 5. die Reichsvereine-Genossenschaften je 20 und 6. durch die Arbeitergemeinschaft der Organisation landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe 10 Mitglieder.

Abg. Franxender (Soz.) beantragt, auch dem Deutschen Landarbeiterversband 20 und dem Zentralverband der Landarbeiter 10 Mitglieder zuzugestehen.

Die Abstimmungen werden angelegt. Die zweite Lesung wird erledigt.

### Dritte Lesung des Aufwertungsgesetzes.

Man schreitet dann zur dritten Lesung des Aufwertungsgesetzes.

In der allgemeinen Aussprache lehnt zunächst Abg. Henning (Völk.) das Gesetz ab. Der Nichtaufwertungsbund habe alle Änderungsanträge niedergelegt, alle Reden seien daher vergeblich gewesen. Der Redner wirft der Regierung Wortbruch vor und droht mit dem Wollen der Sparverbände. Er wendet sich dann gegen die Sozialdemokratie und nennt sie die arbeitserfeindliche Partei des Reichstages. (Rärm d. Soz.) Der Sozialdemokratie müsse die Maske vom Gesicht gerissen werden. (Erneuter Rärm der Sozialisten.) Aber die Rechte habe sie in ihrem Treiben unterdrückt. (Umrufe rechts.) Der Redner kündigt die Einleitung eines Volksentscheides über die Aufwertungsfrage an. (Händeklatschen und Heulrufe auf den Tribünen.) — Der Präsident droht bei Wiederkehr solcher Kundgebungen Abmahnung an.

Abg. Keil (Soz.) wirft dem Vorredner vor, er habe an der Aufwertungsfrage kein Parteipropaganda zeigen wollen. Er weist seine Angriffe mit aller Schärfe zurück. Dann stellt Abg. Keil in einer Erklärung fest, daß seine Fraktion bemüht gewesen sei, die entwerteten Papiermarken im dem Maße auszuwerten, in dem es ohne Gefährdung der neuen Währung und ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich sei. Sie sei aber dabei auf den Widerstand der Regierung gestoßen. Die ganze Ausgestaltung der Aufwertungsmaßnahmen sei diktiert von der Sorge für das Wohlergehen des landwirtschaftlichen Schwertbüßers. Die Interessen des verarmten Gläubigers hätten die gebührende Berücksichtigung nicht erfahren. Die Regierung und die Regierungsparteien hätten den Rückkehrern der Ariens- und Inflationskassette ihren Schutz gewährt. Die Forderung nach völliger Ausschließung der Spekulation von der Aufwertung wurde abgelehnt. Alle Verbesserungsversuche schickerten an den Sonderabmachungen der Regierungsparteien. Diese Politik atmet den Schutz des Großkapitals, belasse die proletarischen Volksmassen und entziehe weite Kreise des ehemaligen Mittelstandes an Gunsten einer kleinen Schicht von Inflationsteilhabern. Welche Kreise der Gläubiger und Sparer hoffen noch auf Hindenburg, der einen Volksentscheid über die Frage herbeiführen kann. Die Gläubiger und Sparer sehen mit großer Spannung dieser Entscheidung entgegen. (Beifall der Soz.)

In der namentlichen Schlussabstimmung wurde das Aufwertungsgesetz mit 200 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in der Fassung der Kompromißpartei angenommen.

Die Beratung wurde hierauf auf 20 Minuten vertagt, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem völkischen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu geben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde ebenfalls in namentlicher Abstimmung der völkische Antrag mit 189 gegen 210 Stimmen angenommen. Die erforderliche Zahl von einem Drittel der Mitglieder für die Annahme dieses Antrages ist damit erreicht.

In gewöhnlicher Abstimmung wurde das Aufwertungsgesetz sodann als dringlich bezeichnet. Damit ist praktisch der angenommene Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes gegenstandslos geworden, wenn auch der Reichsrat das Gesetz für dringlich erklärt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzentwurfes über Ablösung öffentlicher Anleihen.

## Der Reichsrat

Stimmte gestern abend dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Vorschriften des Eisenüberleitungs-gesetzes über Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu und genehmigte in erster und zweiter Lesung die Vorlage über Vereinbarungen mit Frankreich über Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saar-Bezirksgebiet und den Gesetzentwurf über Konsulargerichtsbarkeit in Moskau.





# Henny Porten in „Prater“

Die Erlebnisse zweier Nähmädchen.  
Ab Freitag bis Montag **U. T. Goethestrasse.**  
Vorführungen:  
7 und 9 Uhr — Sonntag ab 4 Uhr.



Verein Erzieher u. Vogtländer  
— Riesa. —  
Unser Sommer- u. Kinderfest  
besteht aus Kinderbelustigungen,  
Gartenkonzert und Ball, findet  
Sonntag, 19. Juli, in Pausitz  
statt. Stellen der Kinder nachm.  
2 Uhr Rosenpark (am Dampf-  
bad). Abmarsch mit Musik punkt  
2 Uhr. Die geehrten Landsleute,  
auch die kleine Kinder haben,  
werden gebeten, sich am Festzug  
zahlreich zu beteiligen.  
Anmeldung der Kinder noch bis Sonnabend  
bei den Landesteuten Böhm, Hauptstr. 40, Ehrhardt,  
Bausitzer Str. 10 und Zigarrenkiosk Ebnert.

## Sommer-Ausverkauf

Unser diesjähriger  
mit seinen  
**grossen Vortellen**  
beginnt morgen **Freitag, den 17. Juli.**  
Es dürfte in Ihren eigensten Interessen liegen uns zu besuchen, um sich  
von dem, was wir zu bieten in der Lage sind, selbst zu überzeugen.  
**Scheibe & Weber**  
Langenberg — Glaubitz

**Stechenpferd-Seife**  
v. Bergmann & Co., Radobud ist die beste Käse- und Milchseife in  
saris, weiss, haltbar und blendend schliessend. Überall zu haben.  
Reichs-Apotheke, Stadt-Apotheke, Anker-Drogerie  
Dr. Büttner, Central-Drogerie O. Förster, Med.-  
Dro. H. B. Hennicke, Parfümerie Rud. Blumen-  
schein, J. W. Thomas & Sohn, Seifen-Spez.-Gesch.

**Obstverpachtung.**  
Dieser Garten und Acker sollen gegen sofortige  
Barzahlung vergeben werden. Schriftliche Angebote  
bis 20. d. M. Park, Rittergut Voberken.

## Schutz- und Polizeihunde

-Vorführung in der ehem. **32er Kaserne**  
**Riesa. Sonntag, 19. 7.,** von nachm. 1/2 3 Uhr  
ab. Eintritt: Erwachsene 50 Pf., Kinder die Hälfte.

**Waldschlösschen Röderan.**  
Freitag, 17. Juli, abends 8 Uhr  
**großes Militär-Konzert**  
ausgeführt vom Trompeterkorps des Reiter-  
regiments 12. Dresden, unter Leitung des Herrn  
Obermusikmeister Gröbe.  
Vorzüglich gewähltes Programm. Anfang 8 Uhr.  
Eintritt 1 Mark inkl. Steuer.  
**Nach dem Konzert feiner Ball.**  
Daran ladet freundlichst ein **Alfred Jentsch.**

**Adolf Bormann**  
Zigarren-Spezial-Geschäft  
Zigarren  
Zigaretten  
Tabak  
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.  
Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

**Der Weg zur Gesundheit!**  
Seit vielen Jahren bin ich in der Heilkunde  
mit gutem Erfolg tätig und behandle insbesondere:  
**Rheumatismus, off. Nerven, Flechten,  
Krämpfe, Weißfluß, Gallenleid, u. Asthma.**  
Die besten Empfehlungen stehen mir zur Seite!  
Beweis: Zeugnisse über Heilerfolge liegen vor.  
Ausgebildet im Naturheilwerk nach Dr. med. König  
u. in der mag. Heilkunde nach Dr. med. G. v. Langs-  
dorf. — Bitte Morgenurin mitbringen!  
**Anton Stöhr, Heilkundiger**  
Riesa, Schützenstr. 20, I., rechts.  
Sprechzeit: Mittwoch, Donnerstag, Freitag und  
Sonnabend von 10—4 Uhr.

**Obstverpachtung.**  
Die Obstrüfung des Rittergutes Seerhausen  
ist zu vergeben. Bedingungen sind im Büro ein-  
zusehen. Angebote sind bis 21. Juli an die Ritter-  
gutsverwaltung einzureichen.

**Bekanntmachung.**  
Die diesjährige Obstrüfung der Gemeinde **Senda**  
wird Montag, 20. d. M., 7.30 nachm. im Gasthof  
zum Adler unter den vorher bekannt zu gebenden  
Bedingungen verpachtet. Der Bürgermeister.

Die glückliche Geburt eines **strammen  
Jungen** zeigen hoch erfreut an  
**Max Rosch u. Frau**  
Lotte geb. Ahrens.  
Riesa, am 16. Juli 1925.

Die glückliche Geburt eines  
**gesunden Töchterchens**  
zeigen in dankbarer Freude an  
**Martin Knuth und Frau**  
Lotte geb. Großkopf.  
Riesa, 15. Juli 1925.

Die glückliche Geburt einer **Tochter**  
zeigen hoch erfreut an  
**Mergendorf, 16. Juli 1925**  
**Rudolf Hanisch u. Frau**  
Susanne geb. Baumel.

**Restaurant Bürgerhof.**  
Morgens **Schweinefleisch.**  
Freitag  
Ab 8 Uhr früh **Wellfleisch**, später  
frische **Wurst**, **Waldschlösschen** und  
die üblichen **Schlachtgerichte.**  
Edwald Köhler und Frau.

**Trockenes  
Brennholz**  
in Scheiten und Rollen  
liefern billig  
**Robert Hauswald & Co.**  
Fernruf 131.

**Fuhrgeschäft  
u. Kohlenhandlg.**  
aufgeführt, n. 4 Werd.  
u. Inventar lot. zu verk.  
Erford. 12 000 M. Off. erb.  
u. 4 2826 a. d. Tabl. Riesa.  
Gebr. **Kinderwagen**  
billig zu verkaufen  
**Böbber Str. 31, Oth.**

Empfehle wieder  
**einige Zentner Reste**  
in **Damast, Stangenleinen, Wind-  
jacketstoff, einfarbig, und bunten  
Satin, Mercerie, Cademir, Blau-  
druck, Vell- und Wackmuffeln,  
Wolle, Perkal, Möbelkrepp, Käser,  
Terge usw.**  
zu den bekannt niedrigsten Preisen.  
**Restergeschäft H. Bruntsch**  
Carolastraße 7, II.

Heute morgen 7.7 Uhr verschied nach  
kurzer Krankheitsdauer sanft und ruhig  
unser liebe Mutter, Groß- und Schwieger-  
mutter  
**Lina Marie Damm**  
geb. **Decker**  
im Alter von nahezu 76 Jahren. Dies  
zeigen nur hierdurch allen Verwandten und  
Bekanntem an. In tiefer Trauer  
**Felix Damm u. Selma geb. Stein**  
**Luise Damm u. Gertrud geb. Schumann**  
**Gustav Franz u. Frieda geb. Damm**  
**Paul Vogelfang u. Marie geb. Damm.**  
Glaubitz, Rändrich, Röderan und Witt-  
weida, den 15. Juli 1925.

Infolge Herzschlags verschied am Mitt-  
woch vorm. 9.9 Uhr an seiner lieben  
früheren Arbeitsstätte mein innigstgeliebter  
Mann, unser herzensguter Vater, Bruder,  
Schwiegerater, Großvater und Schwager  
**Herr Julius Weber**  
im Alter von 64 Jahren.  
In tiefster Trauer  
**Auguste Weber nebst Hinterbliebenen.**  
Riesa, Goethestraße 1.  
Die Beerdigung findet Sonnabend nachm.  
1/2 3 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

**Kukirolo Sie schon?**  
Das heißt: Betreiben Sie systematische Fußpflege?  
Hierzu gehören: 1 Packung Kukirolo-Fußbad, 1 Dose  
Kukirolo-Streupuder und 1 Schachtel Kukirolo-Hühner-  
augen-Pflaster.  
Mit diesen drei Präparaten, die zusammen nur 2 Mark  
kosten, können Sie eine richtiggehende Kukirolo-Fußpflege-  
Kur durchführen.  
Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese Ausgabe  
nicht wert?  
Sie erhalten alle drei zu einer Kur erforderlichen  
Kukirolo-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen Fachdrogerie,  
bestimmt aber in den nachstehenden:  
**Reichs-Apotheke, Schulstr. 1, Ecke Hauptstr.**  
**Stadt-Apotheke, Hauptstr. 66**  
**Drogerie A. B. Hennicke, Hauptstr.**  
**Zentral-Drogerie O. Förster**



**Verelnsnachrichten**  
**Rechtschule Riesa.** Freitag Ausich. Stadt Dresden.  
**Militärverein I Riesa.** Zur Beerdigung unseres  
Kameraden **Julius Weber** stellt der Verein  
Sonnabend mittag 1/2 3 Uhr vollzähl. im Kronpr.  
**Kaufmännischer Verein, Riesa.** Deute abend 8 Uhr  
Erbterrasse Monatsversammlung.  
**N. S. D. M. P.** Sonnabend 8 Uhr im Wettiner  
Sof. Spreeabend.

Vor dem Kriege gab es am städtischen Kranken-  
hause in Riesa einige Freibettenfonds, das waren  
gestiftete Kapitalbeträge, deren Zinsenerträge  
dazu verwendet wurden, bedürftigen Einwohnern  
der Stadt Riesa die Verpflegung im städtischen  
Krankenhaus unentgeltlich oder zu ermäßigten Sätzen  
zu gewähren. Die Geldbeträge sind leider durch die  
Inflation verfallen und bringen z. St. keinen Zinsen-  
ertrag mehr.  
Größer als vor dem Kriege ist aber heute die  
Zahl derjenigen Einwohner, die nicht in der Lage  
sind, Krankenhauskosten zu bezahlen. Nicht jeder-  
manns Sache ist es, die öffentliche Fürsorge in An-  
spruch zu nehmen, wenn die Aufnahme ins Kranken-  
haus nötig ist. In solchen Fällen macht sich das  
Fehlen eines Fonds, aus dessen freiwillig gespendeten  
Mitteln diese Kosten bestritten werden könnten, bitter  
bemerkbar.  
Es ergeht deshalb hiermit an alle Kreise der  
Einwohnerschaft der

**Aufruf**  
zur Bildung eines **Freibettenfonds am  
städtischen Krankenhause in Riesa.**

Wenn alle Kreise der Einwohnerschaft, Industrie,  
Gewerbe, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Banken,  
Vereine, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer aller Art, Beamte, Angestellte und Arbeiter  
sich daran beteiligen, mühte es möglich sein, wieder  
einen solchen Fonds zu bilden. Damit könnte viel  
Segen gestiftet und manchem bedürftigen Einwohner  
zur Wiederherstellung seiner Gesundheit verholfen  
werden.  
Das ist eine Aufgabe und ein Ziel, würdig, daß  
**jeder mit Hand ans Werk legt.**  
Große Mittel sind nötig, wenn der Freibetten-  
fonds wirkungsvoll werden soll! Jeder Beitrag, ob  
groß oder klein, wird dankend angenommen.  
Zahlungen werden an die Stadtkasse I Riesa erbeten.  
Riesa, am 15. Juli 1925.  
Der Rat der Stadt: Riesa  
— Krankenpflegeramt.

**Damen- und  
Kindergarderobe**  
wird sauber u. schnellstens  
angefertigt  
**Niederlagstr. 9, 3. I.**

Heute früh verschied nach  
kurzer schwerer Krankheit  
unser lieber  
**Herr Josef.**  
In tiefster Trauer  
**Familie Otto Gebauer.**  
Riesa  
Lommatzcher Str. 94.  
Die Beerdigung erfolgt  
Sonnabend nachm. 1/2 3 Uhr  
von der Friedhofshalle aus.

**Was ist „Uni“?**  
**Brauerei-Restaurant  
Röderan.**  
Morgens Freitag  
**Schlacht-  
fest.**  
Billig! Billig!  
Nur einige Tage  
**Knappwagen**  
zu bedeutend herabge-  
setzten Preisen. Stauden  
billig, um zu räumen.  
Spielwarengeschäft  
**Böschke** Bahnhof-  
straße 20.

**C. Rüdiger**  
Stiefel  
Emaillierwaren  
Emaillier  
Zinifer  
Emaillier  
Küchengeräte  
Waldschlösschen  
Landmaschinen

**Goethestr. 41**

**Zur Hochzeit**  
allen Festen u. Gelegen-  
heiten fertigt Reden,  
Gedichte, Prologe usw.  
schleunigst an  
**Geim-Verlag, Radolfzell**  
Baden-Badensee.

**Freiwillige Sanitätskolonne**  
Sonnabend, d. 18. ds. Mts.  
**Landmarsch.**  
Stellen abends 1/2 7 Uhr  
am Geräte-Depot.  
Der Kolonnenführer.

**Was ist „Uni“?**

**Haben gnädige  
Frau...**  
nicht vergessen! Mein Mann,  
ich habe alles eingepackt.  
Doch halt an die Kopfhaube!  
habe ich nicht gedacht!  
Holen Sie schnell noch  
**Schaumpon**  
mit dem schwarzen Kopf.  
Gerade auf der Reise wär-  
de es mir sehr fehlen.  
Schaumpon ist wunder-  
voll in seiner Wirkung.  
Bringen Sie aber nichts  
anderes und achten Sie  
auf die Schutzmarke  
Schwarzer Kopf. Ein  
Fläschchen kostet 20 Pfennig.

**Hans Schwarzkopf - Berlin - Dahlem**

# Pat und Patachon in „Die Braut aus Australien“

Außerdem: „Nur ei-  
Ladenmädchen“.  
Drama in 6 Akten.  
Ab Freitag bis Montag **Zentraltheater Gröba.**  
Vorführungen: 7 1/2, und 9 Uhr — — — — Sonntag ab 8 Uhr Jugendvorstellung.

Die Mäunung des Ruhrgebiets.

Offen. Ueber die in Gang befindliche Mäunung des Ruhrgebiets erhalten wir folgende Nachricht: Die Stadtverwaltung Serne teilt mit, daß Serne am 16. 7. geräumt wird. Aus Gattungen wird gemeldet, eine Kompanie der französischen Besetzung ist in der vergangenen Nacht abgerückt. Die Angehörigen der Besetzungstruppen haben Gattungen verlassen. Sämtliche Wohnungen sind der Stadt zurückgegeben worden. Die vollständige Mäunung Gattungen ist gegen Ende der Woche zu erwarten. Die Truppen kommen nach Ludwigsbafen. Aus Osterfeld wird berichtet, die Besetzung von Osterfeld hat die Waffen der Plollbesetzung, soweit diese noch vorhanden waren, an die Stadtverwaltung zurückgegeben. Die Waffen dürfen vor dem 15. 8. nicht ausgehändigt werden. Die Ortskommandantur Sterkrade hat für Osterfeld eine Besatzungsmannschaft ernannt, daß Anträge auf Schadenersatz innerhalb von acht Tagen nach dem Abziehen an die General-Kommandantur Duisburg zu stellen seien.

Wohnungsbeschlagnahme durch die Besatzungsbehörden.

Landau. (Zuntzsch.) Die Stadtverwaltung Landau erhielt von der Besatzungsbehörde den Befehl, außer den für die Besatzungsbehörden vorgesehenen Wohnungen noch 100 möblierte Zimmer zur vorläufigen Unterbringung französischer Offiziere und Offiziersfamilien bis Freitag bereitstellen, was bei der herrschenden Wohnungsnot auf die größten Schwierigkeiten stößt.

Stweite Lesung des Einkommensteuergesetzes.

vdg. Berlin. Der Steuerausschuß des Reichstags begann gestern, wie bereits berichtet, mit der zweiten Lesung des Einkommensteuergesetzes. Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragte Abg. Reinath (Dsp.), folgende Vorschrift ins Gesetz einzufügen: Bei Gewerbetreibenden, für die § 13 gilt, (also in der Hauptsache die sogenannten Volkswirtschaftler) ist der Gewinn nach dem Durchschnitt der Gewinne zu ermitteln, die in den der Veranlagung vorangegangenen drei Wirtschaftsjahren erzielt worden sind. Diese Vorschrift findet erstmalig Anwendung bei Veranlagungen für Steuerabschnitte, die im Kalenderjahr 1927 enden. — Der Kern der letzteren Bestimmung ist, daß das wirtschaftlich sehr unsichere Jahr 1925 nicht als Grundlage der Berechnung des dreijährigen Gewinndurchschnitts verwendet werden soll. Abg. Dr. Dr. Gerde (Dnat.) erklärte: Seine Partei behalte sich vor, zu gegebener Zeit auf diese Frage zurückzukommen. — Die Kommunisten und Sozialdemokraten wandten sich ebenfalls gegen den Antrag, den sie einseitig und ungerichtet nannten, weil die Lohnsteuer nicht nach einem dreijährigen Durchschnitt, sondern manchmal nach dem Einkommen einer einzigen Woche berechnet würde. Abdann wurde der Antrag abgelehnt. Unter den Änderungen, die im Einkommensteuergesetz in zweiter Lesung vorgenommen wurden, sei noch die Erweiterung des Begriffs der Verdunskosten und der abzugsfähigen Beträge erwähnt. — Es wurde ein Antrag des Abg. Dr. Hoff (Dsp.) angenommen, der als Verdunskosten kennzeichnet: „Aufwendungen des Arbeitnehmers für Arbeitsmittel (Werkzeug und Berufskleidung)“ sowie „Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt“.

Schließlich wurde eine Vorschrift angenommen, wonach sich bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 15 000 Reichsmark und deren Vermögen den Betrag von 50 000 RM. nicht übersteigt, bei Versicherungsbeiträgen und Sparanlagen, zu denen sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1923—1925 verpflichtet hat, der abzugsfähige Betrag von 480 RM. erhöht. Der abzugsfähige Betrag wird auf 960 Reichsmark erhöht, wenn der Steuerpflichtige mehr als 50, aber nicht mehr als 55 Jahre alt ist; er erhöht sich auf 1200 Reichsmark, wenn der Steuerpflichtige mehr als 55, aber nicht mehr als 60 Jahre alt ist; er erhöht sich schließlich auf 1440 Reichsmark, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt ist. — Dies gilt nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Anspruch oder eine Erwartung auf Ruhegehalt oder andere wiederkehrende Bezüge von mehr als 2000 Reichsmark im Jahre hat. Darauf verlegte sich der Ausschuß.

Das Ergebnis der Agrar-Enquete.

vdg. Berlin. Der vom handelspolitischen Ausschuß des Reichstages eingesetzte Agrar-Enquete-Ausschuß zur Prüfung der Agrarverhältnisse und der damit zusammenhängenden Probleme hat seine Arbeiten beendet und das Ergebnis seiner Tätigkeit in einem überaus umfangreichen Gutachten niedergelegt. Der Agrarausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, dem handelspolitischen Ausschuß folgende

Vorschläge zu unterbreiten: Die Agrarfrage wie die Wirtschaftsfrage überhaupt, ist in letzter Linie durch den Krieg, die Friedensschlüsse und den wirtschaftlichen Zusammenbruch Mittel-Europas zurückzuführen. Eine durchgreifende Heilung ist deshalb nicht ohne weitgehende Veränderung der politischen Verhältnisse und Abklärungen denkbar. Nach den vom Ausschuß vorgenommenen Feststellungen leidet die deutsche Landwirtschaft zurzeit weniger unter dem Druck der Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt, als unter den besonderen Bedingungen der deutschen Gegenwart. Es fehlt an häufigem Betriebskapital. Die Landwirtschaft hat unerträgliche Zinsen für die von ihr aufgenommenen Kredite zu zahlen. Sie ist mit Steuern überlastet. Die deutschen Agrarpreise stehen unter, die welchen Industriepreise über der Preisniveau des Weltmarktes. Die in erster Linie zu erhebenden Forderungen liegen deshalb auf dem Gebiete der inneren Wirtschafts- und Finanzpolitik. — Leider haben die Untersuchungen ergeben, daß die in Angriff genommene Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens eine rasche Wirkung nicht in Aussicht stellt. — Die Hebung der agrarischen Inlandspreise setzt die endgültige Aufhebung der Ausfuhrverbote und die Beseitigung der im heutigen Umfang steuerhaft liegenden Einfuhrprämien voraus. — Der Ausschuß geht von dem Gedanken aus, daß ein lückenloser Zollschutz der Wirtschaftslage Deutschlands nicht entspricht. Unter einer Erhöhung der Industriepreise würde die Landwirtschaft leiden. Ebenso ist eine starke Herabsetzung der Zölle für Textilien, Leder und Holzwaren zu fordern. Wie von einer Anzahl agrarischer Sachverständiger betont wurde, könnte die deutsche Landwirtschaft eines Zollschutzes entbehren, wenn Industriepreise nicht beständen. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß so lange ein Abbau der An-

dukterpreise nicht erfolgt ist, der Landwirtschaft ein Ausgleich nicht verlangt werden darf. Dieser Ausgleich darf sich nicht in mechanischer Weise, nicht nach dem Prinzip des lächerlichen Kollektivs vollziehen.

Der Ausschuß ist sich aus diesen Gründen darüber einig, daß die Berechnungsergebnisse eine Besorgungserfahren müssen, wie Volkserzeugnisse und Erzeugnisse der arbeitintensiven Bodenkultur. Dagegen müssen die nicht im Inlande herstellbaren Roh- und Hilfsstoffe der intensiven Landwirtschaft möglichst fernbleiben, vor allem alle hochwertigen eiweißreichen Futtermittel.

Zwei Mitglieder des Ausschusses, Kereboe und Zerling, haben auf dem Standpunkt, daß hiermit dem Agrar-Enquete-Bericht genügt wird. — Im Gegensatz zu den übrigen Ausschußmitgliedern befürwortete die erwähnte Gruppe Zollfreiheit für sämtliche Kraftfuttermittel, insbesondere auch für Mais, weil sie glaubt, nur so einen erheblichen Zeitvorteil verschaffen zu können.

Die übrigen vier Mitglieder des Ausschusses stimmen mit den anderen Mitgliedern zwar darin überein, daß eine langfristige Regelung der Zollverhältnisse unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu empfehlen ist, sie halten es aber bei einer Regelung für kurze Fristen nicht für möglich, auf einen Schutz des Getreidebaus zu verzichten, müssen aber betonen, daß zunächst einmal die Viehhaltung auf den Umfang des Jahres 1913 zu erweitern ist.

Neben den eigentlichen Getreideschutzfällen halten sie einen mäßigen Zoll auf Mais und Futtergerste für erforderlich, wenn nicht die Ausdehnung und Intensität des Kartoffelbaues gehemmt werden sollen. Dagegen sind sie für Zollfreiheit aller Getreide- und hochwertigen eiweißhaltigen Futtermittel. Sie glauben, daß auf diesem Wege die Viehhaltung den Umfang von 1913 wieder erreichen wird, und in ihren Vorlesungen über den damaligen Stand hinaus gehoben werden kann.

Auf einen mäßigen Zollschutz für Getreide können sie nicht verzichten, weil ohne diesen die Produktion der geringeren Weizen in ungünstiger klimatischer Lage gefährdet ist. Daß hohe Verhandlungssätze auch für Brotgetreide erforderlich sind, um die agrarischen Exportländer zum Abbau ihrer Produktionsfälle zu veranlassen, ist die einstimmige Meinung des Ausschusses.

Das Hypothekenaufwertungsgezet.

Zu der Annahme des Hypothekenaufwertungsgezetes im Reichstag schreiben die Blätter. Die Entscheidung über das Gezet, das vom Reichstag und Reichsrat für dringlich erklärt wurde, liegt nunmehr beim Reichspräsidenten, der einen Monat Zeit hat, ehe er nach der Verlesung das Gezet verkünden muß. Der Reichspräsident hat es auch in der Hand, das Gezet zum Volkentscheid zu bringen oder abzuwarten, ob ein Antrag auf Volkentscheid zustande kommt. Dieser muß von einem Mannszettel der Stimmberechtigten beantragt werden. Die Volkliche Itg. wirft die Frage auf, ob das Aufwertungsgezet nicht zu solchen Gezet gehört, die die Reichsverfassung dem Volkentscheid weitgehend empfiehlt. Artikel 73 der Reichsverfassung besagt, daß über Abgabengezet nur der Reichspräsident den Volkentscheid veranlassen könne. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, die Vasten, welche das Aufwertungsgezet auferlegt, unter den Begriff „Abgaben“ im Sinne der Reichsverfassung zu bringen.

Die Robelle zum Reichsversorgungsgesetz.

vdg. Berlin. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages bewilligte gestern in zweiter Lesung die Robelle zum Reichsversorgungsgesetz und anderer Versorgungsgesetze. Eingehend wurde auch die künftige Regelung der Offizier-Versorgung durchgesehen. Die Regierung machte Mitteilung davon, wie der in Aussicht genommene Härtefonds von 5,8 Millionen Mark für die teilweise Wiederherstellung der Kampfschulden sowie die Ergänzung der Bezüge der Offiziere des Wehrdienstes und ihrer Hinterbliebenen verwendet werden soll. — In einer Resolution brachte der Ausschuß zum Ausdruck, daß durch entsprechende Anordnung an die Stellen der sozialen Fürsorge die Heilbehandlung der Hinterbliebenen, die gesezlich jetzt nicht zu erreichen war, im Verwaltungswege möglichst umfassend geregelt werde.

Der Entwurf eines Amnestiegezetes.

vdg. Berlin. In der gestrigen Plenarsitzung des Reichsrats erklärte der Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joel, daß der Entwurf eines Amnestiegezetes im Reichsjustizministerium aufgestellt worden sei, daß er dem Reichsrat zugeleitet und auch den Länderregierungen in Abschrift mitgeteilt worden sei. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Reichstags, der vor seiner Vertagung den Entwurf noch verabschieden müsse, werde darauf Wert gelegt, daß der Reichsrat unter Verzicht auf die geschäftsordnungsmäßigen Fristen schon am nächsten Montag die Vorlage in den Ausschüssen und im Plenum beschliebe. Nach kurzer Debatte verständigte sich der Reichsrat dahin, daß die Ausschüsse zu diesem Zweck am Montag vormittag und das Plenum am Dienstag nachmittag um 4 Uhr zusammentreten. Dem Abkommen zwischen Deutschland und Polen über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und dem Beitritt Deutschlands zum Spitzbergen-Vertrag stimmte der Reichsrat in liebreinstimmung mit den Beschlüssen des Reichstags zu.

Vertreter der Industrie beim Reichskanzler.

vdg. Berlin. Der Reichskanzler empfing gestern in Gegenwart des Reichsfinanzministers Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie aus allen Teilen des Reichs. Die Herren richteten angesichts der außerordentlichen Notlage, in der sich die gesamte Wirtschaft befindet, an die Reichsregierung die dringende Bitte, an dem neuen Entwurf des Finanzausgleichsgezetes unter allen Umständen festzuhalten und alle anderweitigen Wünsche der Länder und Gemeinden abzulehnen. Dabei wurden eingehende Darlegungen über die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden gemacht und auf die Notwendigkeit der Durchsetzung äußerster Sparmaßnahmen bei den Ländern und namentlich bei den Gemeinden hingewiesen. Eine durchgreifende innere Verwaltungsreform sei dazu außerdem unerlässlich.

Die Barinatangelegenheit.

vdg. Berlin. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags für die Barinat-Affäre setzte am Mittwoch vormittag nach einwöchiger Pause seine Verhandlungen fort. Es wird zunächst Hrl. Reich vernommen, die Sekretärin bei dem verstorbenen Minister Dr. Hölle war. Sie bekennt, es sei nie ein Schreiben ohne Kopie hinausgegangen. Da alle Register durch die Hände der Juglin ging — es befanden sich auch die Privatbriefe Dr. Hölles dabei — müsse sich auch ein Brief der Mexima vom Oktober 1924 darunter befinden haben betr. Ausfertigung eines Empfehlungsschreibens für eine Reihe von Banken. — Abg. v. Dewitz (Dnat.) fragt, ob die Beugnis einmal Anweisungen allgemeiner Art an Dr. Hölle erhalten habe, die verschied-

nen Schreiben anders als im Wege des üblichen Geschäfts-ganges zu behandeln. Die Beugin verneint das.

Nächster Zeuge ist Oberpostdirektor Reinke. Er berichtet über ein Zigarettengezet, das indirekt von Dr. Hölle ausgegangen sei und von ihm, dem Zeugen, geführt wurde, zum Zweck billiger Lieferungen für die Angestellten der Post. Es handelte sich um eine Lieferung von 8 Millionen Stück 1-Pfg.-Zugabe-Zigaretten. — Seitens des Vorsitzenden und des Berichterstatters wurde festgestellt, daß von der Postbeamtenschaft viele Beantragungen gegenüber der Qualität der gelieferten Zigaretten geäußert wurden. Außerdem sei festgestellt worden, daß sie ohne Erlaubnis der Zollbehörden ausgeführt wurden.

Zeuge Oberpostdirektor Reinke bekennt, es sei nicht bekannt gewesen, daß die Ware noch mit der alten Bandrolensteuer versehen war. Man habe geglaubt, es handele sich um neue Ware. — Aus dem Befunden des Zeugen ergibt sich, daß seitens der Post sowohl bei dem Zigarettengezet als auch bei den Lebensmittelgezet Geldabflungen in ziemlicher Höhe im voraus zu leisten waren. Das sei aber notwendig gewesen, um überhaupt Ware zu bekommen.

Zeuge Ingenieur Ritter sagt aus über ein von der Reichspost getätigtes Kaufgezet von Chiffriermaschinen. Danach habe die Post von der Chiffrier-Maschinen-A.-G. 20 Maschinen im Betrage von 85 000 Mark gekauft. Pöblich wurde aber ein Preis von 100 000 Mark genannt. Als bezüglich der Differenz von 15 000 Mark Nachforschungen angestellt wurden, wurde sogar gesagt, es sind 200 000 Mark zu zahlen. Das war nur etwa 8 Tage später. Es werden dazu eine Reihe von Akten vorgelesen, darunter Briefe an Direktor Hermes und Postminister Dr. Hölle. In einem Briefe vom 1. April 1924 betont Dr. Hölle, es seien 20 Maschinen zum Preise von 100 000 Mark bestellt worden. Preis sei dafür nicht bezahlt. Weiter heißt es in diesem Briefe, was die weitere Summe betreffe, so handele es sich um ein Abkommen, welches der Post einen gewissen Einfluß in die Chiffrier-A.-G. einräumen sollte.

Darauf wird Direktor Hermes gehört. Er hat an verschiedenen Lebensmittelgeschäften sowie dem Chiffrier-Maschinengezet teilgenommen. Es sei alles in Ordnung gegangen. Das die beantragten Maschinen Qualitäten betrefte, so seien dafür einmal 3000 Mark, ein anderes Mal 7000 Mark vergütet worden. Reichspostminister a. D. Giesberts sei es gewesen, der zuerst auf die Notwendigkeit einer Interessengemeinschaft zwischen Post und Chiffrier-Maschinen-A.-G. hingewiesen habe. Min. Giesberts habe bei Veranlassungen im Herrenhaus und im Postministerium mündlich erklärt, wenn er noch Postminister gewesen wäre, würde er es für seine Pflicht gehalten haben, diese Maschinen einzig und allein für die Zwecke Deutschlands zu reservieren.

Abg. Dr. Mittelman (Dsp.) stellt fest: am 14. Januar wurde Ihnen (zum Zeugen) auf Befehl des verstorbenen Reichspostministers Dr. Hölle durch die Generalpostkassiererin 200 000 Mark ausgezahlt. Am 1. April wird auf Veranlassung des Zeugen Ritter durch dessen Mitteilungen ein Vertrag zustande gebracht. Das ist nun zwischen dem 14. Januar und dem 1. April über diese Angelegenheit und über diesen Vertrag zwischen Ihnen und dem verstorbenen Reichspostminister an persönlichen Verhandlungen gepflogen worden? — Zeuge Direktor Hermes: Ich kann ohne weiteres erklären, daß der verstorbene Dr. Hölle von diesem Betrag von 200 000 Mark auch nicht einen Vorteil gehabt hat, und daß niemals Verhandlungen interner Art mit ihm gepflogen worden sind.

Die Verhandlungen werden hier abgebrochen und auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt. Es soll dies die letzte Sitzung vor den Ferien sein.

Der Ausverkauf bei Niedels und bei Lohmanns

Also meine lieben Leser von dieser Zeitung, was mir bloß heute Nacht passiert ist, das möchte ich Ihnen für erzählen. — Da wache ich so gegen 2 Uhr durch ein banniges Getöse und Gebel auf, und — selbst noch im Schlaf — höre ich, daß meine geliebte Gattin einen schweren Traum hat, denn sie fantasierte immerzu von einem wunderschönen Kostüm, einem herrlichen Mantel und so allerhand.

Den ganzen Tag hatte sie vorher bei Niedels an den Schaufenstern geirrend und als sie ganz aufgeregter nach Hause kam, hat sie sich gleich umgelegt, und im Traum war sie wieder bei Niedels. Dann sagt sie, Bati, Du glaubst ja garnicht, was alles bloß bei Niedels für Menschen sind, bis draußen auf die Straße da stehen sie. Geht nur mal hin, Bati, und kauf Dir Stoff zum Anzug — s'ist ja alles so billig in diesen Tagen.

Na, Gott sei Dank, daß wir nun alles überstanden haben, meine liebe Hanne sieht aus wie eine Gräfin, nun — und — ich wie Lord Obernobel.

Die Hauptsache ist, daß man wieder ruhig schlafen kann. — Die Geschäftsinhaber mühten doch auch gebeten werden, mehr Rücksicht zu nehmen und nicht immer gerade das Schönste und Beste so billig in die Schaufenster zu stellen, daß man nicht mal schlafen kann. Aber es hat auch seine Gegenseiten, denn mein gutes Hannechen und auch ich hätten dann noch kein vernünftiges Stück auf dem Leibe. — Also Herr Inhaber von den beiden Geschäften Niedel sowie Lohmann, verkaufen Sie ja nicht immer so billig — und bloß nicht jeden Tag Ausverkauf — was ja auch wohl nur einmal im Jahre stattfindet.

Friedrich Fischer, Privatmann a. D.





